

Antrag 22/I/2021

SPD-UB Osnabrück Stadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Außenwirtschaftspolitik

1 Im Rahmen der programmatischen Neuorientierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist fol-
2 gende Grundausrichtung bei der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms zu beachten:

3 Die Außenwirtschaftspolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass die wirtschaftlichen Kontakte auch zu ei-
4 ner positiven Entwicklung der jeweiligen Handelspartnerstaaten führen. Es muss vermieden werden, dass
5 in diesen Handelsbeziehungen ein Ungleichgewicht besteht mit der Folge, dass ökonomische Bereiche der
6 Partnerstaaten beschädigt werden und darniederliegen. Es muss also vermieden werden, dass die Handels-
7 beziehungen eine Verarmung in den Partnerstaaten bewirken. Die Handelsverträge sind auszugestalten als
8 Fairhandelsverträge. Eine Auslagerung von Bereichen der staatlichen Justiz in den außerstaatlichen Bereich
9 darf nicht erfolgen.

10

11 **Begründung**

12 Die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Staaten müssen für beide Seiten förderlich sein. Die Beschädigung
13 bzw. Zerstörung wirtschaftlicher Strukturen in Staaten, mit denen Handelspartnerschaft betrieben wird,
14 muss vermieden werden, damit die Bevölkerung in diesen Staaten ihre ökonomische Existenzgrundlage
15 nicht verliert mit der Folge von Flüchtlingsströmen. Handelsverträge im zwischenstaatlichen Bereich dürfe
16 nicht dazu führen, dass die Justiz der beteiligten Staaten beschädigt wird, indem Teile der Justiz bzw. deren
17 Zuständigkeit ausgelagert werden in Schiedsgerichte. Dies muss auch gelten für etwa angestrebte interna-
18 tionale Schiedsgerichte, da diese nicht in eine Staatlichkeit eingebunden sind. Das Gewaltenteilungsprinzip
19 verbietet es, eine der drei Gewalten, hier die Justiz, derart zu beschädigen, zumal es oftmals in den außer-
20 staatlichen Schiedsgerichten um Milliardenbeträge zulasten der Staaten geht.

21

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Material an den SPD-Parteivorstand